

# PRESSE-MITTEILUNG

Kontakt  
Linda Bidner  
VERBÄNDEBÜNDNIS  
WOHNEN  
c/o Deutsche Gesellschaft  
für Mauerwerks- und Wohnungsbau | DGfM  
Kochstraße 6-7  
10969 Berlin  
Tel.: 030 / 28 87 99 93  
Fax: 030 / 28 87 99 55  
E-Mail:  
[wohnungsbau@presse-themen.de](mailto:wohnungsbau@presse-themen.de)

Berlin, 30. Mai 2014

Soll noch 2014 kommen: 200 Mio.-Euro-Förderung für altersgerechtes Umbauen

## Im eigenem Haus: 4,6 Mio. Senioren-Haushalte wohnen nicht altersgerecht

Der Staat lässt die Senioren im Stich. Und zwar beim Wohnen. Null Euro für das altersgerechte Umbauen – das ist der Plan der Bundesregierung für den laufenden Haushalt 2014. Dabei fehlen altersgerechte Wohnungen: Deutschland steht vor einem „Mangel an Seniorenwohnungen im großen Stil“ – vor einer „grauen Wohnungsnot“. Das befürchten der Deutsche Mieterbund (DMB) und die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU).

Gemeinsam fordern sie im „Verbändebündnis Wohnen“ die Bundesregierung auf, in den altersgerechten Wohnungsbau „dringend zu investieren“. Dies sei „eine der wichtigsten Zukunftsinvestitionen“. Dem „Verbändebündnis Wohnen“ haben sich neben Mieterbund und IG BAU auch der Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW), der Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel (BDB) und die Deutsche Gesellschaft für Mauerwerks- und Wohnungsbau (DGfM) angeschlossen.

Die fünf Organisationen und Verbände warnen gemeinsam davor, die Förderung des Bundes für das altersgerechte Umbauen weiterhin „auf Null zu setzen“. Vor dem Hintergrund der am kommenden Donnerstag (5. Juni) bevorstehenden Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestag fordern die fünf Verbände einen festen Etat im Bundeshaushalt von 200 Millionen Euro pro Jahr für das altersgerechte Umbauen.



**In einer gemeinsamen Erklärung nehmen die fünf Verbände Stellung zur Wohnsituation Älterer. Dabei unterstreicht das „Verbändebündnis Wohnen“ seine Forderung nach der sofortigen Einführung eines 200 Millionen-Euro-Etats im Bundeshauhalt zur Förderung des altersgerechten Umbaus von Eigenheimen, Miet- und Eigentumswohnungen:**

*Immer mehr Hausbesitzer wohnen im Alter auch in alten Häusern: Bereits heute gibt es in Deutschland mehr als 4,6 Millionen Haushalte in Ein- oder Zweifamilienhäusern, die bis 1990 gebaut wurden. Deren Eigentümer haben eines gemeinsam: Sie sind selbst alle 65 Jahre oder älter. Es sind Senioren, die zwar ihr eigenes Haus haben – in der Regel allerdings ohne seniorengerechte Ausstattung. Genau deshalb wird es für viele von ihnen ein Älterwerden in den eigenen vier Wänden nicht geben.*

*Einem Großteil dieser Senioren-Haushalte fehlt es am nötigen Geld, einen altersgerechten Umbau ihres Ein- oder Zweifamilienhauses selbst zu finanzieren: Knapp ein Viertel dieser Haushalte hat monatlich weniger als 1.300 Euro netto zur Verfügung.*

*Insgesamt leben nahezu 94 Prozent der Generation „65 plus“ – als Eigentümer oder Mieter – in Gebäuden, die vor 1990 gebaut wurden. Immer seltener haben diese Menschen die Chance, im Alter ihre Kinder in erreichbarer Nähe zu haben: Innerhalb von zwölf Jahren ist die Zahl der Menschen, die ein erwachsenes Kind in ihrer Nachbarschaft oder auch nur am gleichen Ort haben, um zwanzig Prozent zurückgegangen. Grund dafür ist – neben einer abnehmenden Kinderzahl – eine stetig steigende Mobilität der Gesellschaft.*

*Diese Fakten machen deutlich: Es ist dringend notwendig, den altersgerechten Umbau bestehender Wohngebäude zu forcieren. Denn es ist immer noch besser und auch günstiger, ältere Menschen in ihren eigenen, seniorenrechtlichen Wohnungen ambulant zu pflegen als teure Heimplätze über die Sozialkassen zu finanzieren. Die Schaffung von mehr Seniorenwohnungen ist eines der drängendsten Probleme. Andernfalls droht eine „graue Wohnungsnot“. Deutschland hat hierbei keine Zeit zu verschenken. Jeder Euro, der heute im Bereich altersgerechtes Wohnen investiert wird, ist gut angelegt.*

*Dabei ist klar: Ohne staatliche Anreize wird es das erforderliche Bauen und Sanieren von Seniorenwohnungen nicht geben. Der Impuls hierfür muss vom Bund kommen. Deutschland braucht ein neues Programm „Altersgerecht Umbauen“. Dieses muss auf zwei Säulen stehen: Neben der KfW-Darlehensförderung sind direkte Investitionszuschüsse notwendig, um insbesondere sanierungswillige Hauseigentümer, die im Alter keinen Kredit mehr abschließen wollen oder können, ebenfalls zu erreichen. Hier geht es insbesondere auch um die finanziell schwächeren Seniorenhaushalte.*

*Um einen spürbaren Effekt auf dem Wohnungsmarkt zu erreichen, müssen die finanziellen Anreize gezielt auch die Vermieter erreichen: Seniorenrechtliches Umbauen ist damit auch ein Muss für den Mietwohnungsmarkt. Nur so lässt sich eine spürbar höhere Quote an altersgerechten Wohnungen auf dem deutschen Wohnungsmarkt erreichen.*

*Daran, dass noch im laufenden Haushaltsjahr 200 Millionen Euro für das altersgerechte Umbauen bereitgestellt werden, darf kein Weg vorbeiführen. Zudem muss der Bund die CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierung, wie im Koalitionsvertrag angekündigt, um einen zusätzlichen Förderbonus für den altersgerechten Umbau ergänzen, damit eine sinnvolle Kombination von energetischer und altersgerechter Sanierung möglich wird. Die Tatsache, dass die KfW-Förderung „Altersgerecht Umbauen“ derzeit auf Null gesetzt ist, ist nicht länger hinzunehmen. Deutschland entfernt sich immer mehr von dem Ziel, bezahlbare Wohnungen auch für ältere Menschen zu schaffen.*

Hinweis für die Redaktion

- Für Rück- und Interviewanfragen steht Ihnen Linda Bidner zur Verfügung.  
Nehmen Sie hierzu bitte Kontakt mit der Pressestelle auf: 0172 – 31 540 18.
- Das Pestel-Institut in Hannover ([www.pestel-institut.de](http://www.pestel-institut.de)) hat die die o.g. Fakten zur Wohnsituation Älterer sowie zu den von Senioren bewohnten Baualtersklassen für das „Verbändebüsnis Wohnen“ ermittelt.